

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsgelände 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Eingreifen der Kleinen Entente.

London, 6. September. (U.) Der „Daily Telegraph“ schreibt: Die Regierungen der Kleinen Entente haben in ziemlich förmlicher Weise Frankreich und die anderen befreundeten Länder wissen lassen:

1. Wenn der Völkerbund mit Hinblick auf die Befehle Korfus seine Pflicht nicht tut, sie ihn verlassen werden. Zudem werden sie in Zukunft den Rechtspruch der Staaten der Entente ablehnen, wenn sie es zulassen, daß das Recht der kleinen Nationen mit Füßen getreten werde.

2. Wenn Italien zu mobilisieren fortfährt und Truppenbewegungen vornimmt, werden die Regierungen der Kleinen Entente ihrerseits auch zur Mobilisierung schreiten.

Ein Pariser Blatt berichtet aus Genf, daß der französische Delegationssekretär Hanotaux gestern abend um 9 Uhr eine längere Unterredung mit den drei Vertretern der Kleinen Entente hatte. Er legte ihnen den Standpunkt und die Absichten der französischen Regierung dar. Ihrerseits schickten die Delegierten dem französischen Vertreter den Standpunkt ihrer Regierungen auseinander.

Die Haltung Südslawiens.

Belgrad, 6. September. (W.B.) Ueber die Stellungnahme der Regierung zu dem italienisch-griechischen Streitfall berichtet das gut informierte Blatt „Breme“: Unsere Regierung erwartet mit Ungeduld, welchen Standpunkt der Völkerbundsrat in dieser Angelegenheit einnehmen wird. Davon wird die Orientierung unserer Politik abhängen. Sollte der Völkerbund einen energischen Standpunkt einnehmen und sich als fähig zeigen, seinen Willen beiden Streitenden aufzuerlegen, dann wird sich unsere Regierung mit diplomatischen Aktionen im Völkerbunde selbst begnügen. Reigt sich aber der Völkerbund als schwach, dann wird unser Staat aktiv an der Entwirrung des italienisch-griechischen Streitfalles teilnehmen müssen.

Paßtsch bei Poincaré.

Paris, 6. September. (U.) Der südslawische Ministerpräsident Paßtsch, der seit einigen Tagen in Paris weilte, wurde gestern abend von Poincaré empfangen. Wie verlautet, haben sich die beiden Staatsmänner eingehend über die Fiume-Frage ausgesprochen. Dieser Unterredung wird in Pariser politischen Kreisen größte Bedeutung beigemessen. Der französische Ministerpräsident soll seinen persönlichen Einfluß auf Paßtsch aufzubieten haben, um ihn in der Fiume-Frage zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Paßtsch legte daraufhin

den Standpunkt seiner Regierung ausführlich dar und erinnert an die verschiedenen Konzeptionen, zu der sie sich bereits verstanden habe. Weiter habe Paßtsch hinzugefügt, daß Jugoslawien keine neuen Opfer bewilligen könnte. Die Fiume-Angelegenheit wird hier also sehr kritisch beurteilt.

Eine griechische Note an den Völkerrat.

Rom, 6. September. (U.) Die griechische Regierung überreichte dem französischen Geschäftsträger zur Weitergabe an die Völkerratskonferenz eine weitere Note, deren Hauptpunkte besagen, Griechenland verlange die Schaffung einer internationalen Kommission zur Durchführung einer Untersuchung auf albanischem Gebiet. Gleichzeitig hat die griechische Regierung mitgeteilt, daß ihre Nachforschungen bis jetzt noch nicht zur Ermittlung der Täter geführt haben. Auch die Ursachen des Verbrechens liegen noch nicht klar. Sie bittet die Völkerratskonferenz, ihren ganzen Einfluß auszubieten, um Italien zur Rücknahme seiner Reparations- und Genugtuungsforderungen zu bewegen, sowie die sofortige Räumung von Korfu zu veranlassen.

Die englische Flotte aktionsbereit.

London, 6. September. (U.) Die englische Regierung hat, wie aus bestunterrichteten Kreisen verlautet, für den Fall, daß der Völkerbund in der italienisch-griechischen Angelegenheit keine Entscheidung fällen sollte, ihre Flotte aktionsbereit gestellt. Außerdem beabsichtigt die englische Regierung in dem Falle, daß Mussolini der Völkerbundsentscheidung, Korfu zu räumen, nicht nachkommen wird, einen Teil ihrer Flotte auf Korfu zu landen, um die Italiener zum Rückzug zu zwingen. In England wird mit besonderer Genugtuung die Tatsache empfunden, daß Frankreich sich, ohne an einer derartigen Demonstration teilnehmen zu wollen, vollständig auf die Seite Englands gestellt hat. Gegenwärtig befindet sich die französische Flotte in dem Dilemma, die Politik der im Grunde antitalienischen Kleinen Entente zu unterstützen und auf der anderen Seite Italien von jedem englischen Einfluß zu befreien.

Beginnende Entwirrung?

Paris, 6. September. (W.B.) Wie Havas mitteilt, ist man in französischen politischen Kreisen der Ansicht, daß die griechische Note an die Völkerratskonferenz den ersten Schritt zu einer friedlichen Lösung des griechisch-italienischen Streitfalles darstelle.

Arbeitsaufnahme im Essener Revier.

Essen, 6. September. (U.) Nachdem der weitaus größte Teil der Belegschaft der Zeche im Essener Revier zur Arbeit zurückgekehrt ist, hat die Belegschaft der Zeche Hagenbeck die Wiederaufnahme der Arbeit von der Einstellung der 21 Gemahregeiten abhängig gemacht. Bis zur Wiederaufnahme der Arbeit hört die Polizei die Zeche besetzt. Die Zeche Königin Elisabeth in Frillendorf ist heute im Laufe des Vormittags von den kommunistischen Hundstscharen durch die blaue Polizei gesäubert worden. Etwa 40 bis 50 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Arbeitslosendemonstration.

Essen, 6. September. (W.B.) Ein Teil der noch im Ausstand befindlichen Belegschaft der Zeche Hamborn zog heute vormittag vor das Essener Rathaus. Den in das Rathaus eingedrungenen Personen wurde vom Bürgermeister Wafel erklärt, daß die Stadtverwaltung nicht eingreifen könne. Blaue Polizei säuberte dann den Platz. Inzwischen hatten sich auch Essener Arbeitslose versammelt, und beide Gruppen zogen gemeinsam zum Arbeitslosenamt, um dort eine Demonstration zu veranstalten. Auch hier griff die Polizei ein. Nachdem vergeblich einige Schreidschlüsse abgegeben worden waren, machte die Polizei von den Hiebwerkzeugen Gebrauch. Die Demonstranten wurden rasch zerstreut. Gegen Mittag war die Ruhe wieder hergestellt. Auf Seiten der Demonstranten gab es einige Leichtverletzte.

Verweigerung der Deputatstohlen.

Essen, 6. September. (W.B.) Die Franzosen haben wiederholt erklärt, daß sie die Deputatstohle der Bergleute nicht beschlagnahmen, wenn die Betriebsräte die Transportgenehmigungen bei ihnen einholen. Nachdem die Betriebsräte in manchen Fällen diesen Weg eingeschlagen haben, gibt jetzt der französische Kommandant in Gelsenkirchen bekannt, daß das alliierte Kohlenmandat beschlagnahmt habe, diese Erlaubnis zu verweigern. Erst wenn die Bergleute mehr Kohle fördern könnten, könne sie wieder erteilt werden.

Vertreibung aus den Ledigenheimen.

Essen, 6. September. (W.B.) In Habighorst hat die Besatzungsbehörde erklärt, die Bergleute aus den Ledigenheimen ausweisen zu wollen, wenn sie sich nicht bereit erklärten, für die Franzosen zu arbeiten. Einer Abordnung der ausgesperrten Bergleute in Essen sind von den Franzosen folgende Bedingungen mitgeteilt worden, unter denen die Bergleute für die Regie zu arbeiten aufgefordert werden: Die Betriebsräte müssen ihr Amt niederlegen, zwei Drittel der Beamten müssen ebenfalls bereit sein, unter der Regie zu arbeiten, 40 Proz. der Förderung müssen an die interalliierte Rheinlandkommission als Reparationsleistung abgeführt werden.

Die Kohlenhalden der Zeche „Katarina“ bei Krop stehen in Flammen.

Der „Simplizismus“ verboten.

Paris, 6. September. (W.B.) Den Morgenblättern zufolge hat der Minister des Innern den „Simplizismus“ für Frankreich verboten.

Steuerkraft der Landwirtschaft.

Kann die Landwirtschaft die neuen Steuern tragen?

Von Regierungslandmesser Reinde, Mersburg.

Nach dem Muster des Landbundes usw. und der bayerischen Landwirtschaftskammer hat auch die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen die neuen Steuern als „existenzvernichtend“ bezeichnet:

„Sie erschöpfen nicht nur restlos den Betriebsmittelfonds, sondern sie machen auch Eingriffe in die Vermögenssubstanz innerhalb einer so kurzen Zeit nötig, daß die rechtzeitige Erfüllung der steuerlichen Forderungen unmöglich gemacht wird. Die Folgen dieser einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft sind vorauszusehen: Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Unmöglichkeit der Beschaffung ausreichender Mengen künstlicher Düngemittel. Uebermäßige Preissteigerungen auf allen Gebieten, neue Gehalts- und Lohnforderungen und weitere Verstärkungen des Zahlungsmittelumlaufes stehen unbedingt bevor.“

Gegen diese leichtsinnige Äußerung der provinziälsächsischen Landwirtschaftskammer muß schärfste Verwahrung eingelegt werden, weil in der heutigen gefährvollen Zeit und in einer politisch an sich schon sehr erregten Gegend breite Kreise der Verbraucher aufs tiefste empört werden und die Achtung vor den staatlichen Einrichtungen aufs schwerste erschüttert wird. Unkundige in der städtischen Bevölkerung müssen das Vertrauen zu den neuen Maßnahmen des Reiches auf steuerlichem und finanziellem Gebiet verlieren, wenn sie die geradezu vernichtende Beurteilung einer staatlich eingerichteten landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbehörde derjenigen Provinz hören, welche den Ruhm besonders hoher landwirtschaftlicher Leistungen für sich in Anspruch nimmt. Durch solche leichtfertige Handlungsweise wird neuer Anlaß zum Markterfolg gegeben, der sich erneut in diesen Tagen zeigt. Ein solches Auftreten bietet auch billigen Anlaß, Stadt und Land aufs schwerste gegeneinander aufzureizen.

Alles, was die provinziälsächsische Landwirtschaftskammer in obigem Ausschnitt sagt, ist durchaus un wahr und irreführend. Durch die neuen Steuern wird die Vermögenssubstanz nicht angegriffen, sondern die Landwirtschaft nur zu Verkäufen ihrer Erzeugnisse gezwungen, dadurch die Ernährung verbessert und dem Reich ermöglicht, einen Teil der umlaufenden Zahlungsmittel wieder einzuziehen.

Die von den Landwirten zu tragenden Steuern entsprechen durchaus denen, die von anderen Schichten zu tragen sind. Die Landwirte tragen nicht nur keine Sondersteuer, sondern ihre an sich geringen Steuern sind bis heute stets mit der Marktentwertung gesunken, während ihre Einnahmen ununterbrochen und stark gestiegen sind. Es ist kein Zweifel, daß sich die Landwirtschaft zumal bei der heurigen Ernte in den glänzendsten Verhältnissen befindet, die Preise des Kunststübes mit der Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im allgemeinen Schritt gehalten haben und zumal die Grundeigentümer alle Hypotheken und sonstige Schuldverpflichtungen (im Reich etwa 18 Milliarden Goldmark) losgeworden sind. Dazu hat die Landwirtschaft den großen Vorzug, sie hat sich stets im und außer dem Kriege richtig satt essen können, während sich breite Schichten aufs ärmlichste einrichten und viele hungern mußten und es noch heute müssen!

Ein 100 Morgen großer Hof von mittlerem Boden in der Provinz Sachsen muß am 1. September an Steuern abführen:

1. an Umlaufsteuern (f. 16. 8. werbeständig) etwa	5 000 000 Mk.
2. an Einkommensteuer (Vorauszahl. für 1923)	21 200 000
(Ein an sich recht angelegener, nicht gerade hoch bezahlter Beamter — z. B. Bureauinspektor der Landwirtschaftskammer — in Befoldungsgat. VIII muß etwa 10 Mill. R. Einkommensteuer allein für September bezahlen!)	
3. an außerordentlicher Abgabe wegen Ruhrbekämpfung	42 400 000
4. an Betriebssteuer (6 Monate monatlich zahlbar) unter der Annahme eines mittleren Bodenwertes (1000 M. Weizenbeitragwert für einen Morgen also: 100 000 : 2000 × 1,50 = 75,00 Goldmark × 872 000 =)	65 400 000
5. nach dem Ernteverbörungsgezet	1 440 000
mithin im ganzen 185 400 000 Mk.	

oder wie es heute üblich ist, umgerechnet in Roggenwert (81. 8.) = 9 Hektar Roggen

Es sind mithin am 1. September zahlbar für den Morgen 9 Pfund Roggen, wobei freilich die kleineren Betriebe wegen der höheren Einschätzung der Gebäude usw. als stärker belastet anzusehen sind. Jeder sieht ein, daß diese Steuer aufgebracht werden kann.

Die Eigentümer brauchen also zum 1. September nichts von der Substanz ihres Vermögens zu verkaufen, weder Haus, noch Acker, noch Wiese, noch Zug-, Frucht- oder Milchvieh, noch Pflug, noch Maschinen, noch tschechische Kronen, noch Industrieaktien, noch das Klavier für das Entlein, was noch erst geboren werden soll.

Was nun die Steuern fürs ganze Jahr angeht, so werden sie nach vorstehender Rechnung etwa 1/2 Zentner Roggen für den Morgen mittleren Bodens der Provinz Sachsen betragen. Das müssen die Landwirte, die Eigentümer sind und früher etwa das Vierfache an Hypothekenzinsen zu bezahlen hatten, leisten können; denn die Pächter müssen ja, soweit sie keinen Anspruch auf Pachtzins haben und ihre

Einstellung der Viertelfjahreszahlungen.

Bestern nachmittag fand im Reichsfinanzministerium im Anschluß an die Verhandlungen über den Steuerzuschlag für die erste Septemberhälfte eine Besprechung über die von der Reichsregierung geplante Abschaffung der vierteljährlichen Vorauszahlungen der Beamtengehälter statt. Der Reichsfinanzminister, Genosse Dr. Hilferding, nahm an dieser Besprechung selbst teil. Auf Grund der erfolgten Besprechung erklärte der Reichsfinanzminister, aus den Ausführungen der Organisationsvertreter entnehmen zu können, daß das Gros der Beamtenschaft gewillt sei, auf die vierteljährlichen Vorauszahlungen zugunsten des Staates zu verzichten.

Dr. Cuno hat am Montag mit dem Dampfer „Aetiane“ seine Amerikareise angetreten.

Dr. Koester der deutsche Gesandte in Riga, ist in Berlin eingetroffen.

Die endgültigen Wahlergebnisse in Irland. Nunmehr liegen die endgültigen Ergebnisse der Generalwahlen vor. Es erhalten Sitze: die Regierungspartei 63, die Republikaner 44, die Bauern 15, die Unabhängigen 16 und die Arbeiterpartei 15. Das neue Parlament wird am 19. September zur Wahl der neuen Regierung zusammentreten und sodann bis zum Oktober vertagt werden.

Schluß mit der Mark.

Dollarsprünge auf 35 Millionen.

Die Aufwärtsbewegung des Dollars setzt sich in rasendem Tempo fort. Der Dollar notierte um 9 Uhr mit 29 Millionen, um 10 Uhr mit 31 Millionen, um 11 Uhr mit 32 Millionen, um 12 Uhr mit 33 Millionen und um 12 Uhr wurden im Bureauverkehr sogar Kurse von 47 Millionen genannt. Inzwischen ist die letzte Ziffer mit einiger Vorsicht zu bewerten, da es sich oft bloß um Nennungen handelt, zu denen keine Geschäfte abgeschlossen werden. Die Austräge für den Devisenmarkt sind außerordentlich groß und wurden zum Teil zu Kurven von 35 bis 39 Millionen für den Dollar gedeckt. Die Bewegung am Devisenmarkt ist panikartig, und die Kurse schwanken häufig um 10 Millionen. Gegen 1/2 Uhr schien ein ganz leichter Rückschlag an der Börse einzutreten. Man hörte den Dollar mit circa 35 Millionen, das Pfund mit circa 160 Millionen. Der Andrang zum Devisenmarkt an der Börse ist seit einigen Tagen stürmisch und viele, die sich sonst nicht darum bekümmert hätten, drängeln zu dieser neuen Gewinnmöglichkeit. Die Nachrichten, daß neue Devisenverordnungen und Einschränkungen des Devisenverkehrs von Seiten der Regierung bevorstehen, üben einstellenden wenig Wirkung aus.

Der Effektenmarkt folgt, wenn auch unvollkommen, der Aufwärtsbewegung der Devisen. Soweit sich bis jetzt überleben läßt, sind bei den Banken vom Publikum einige Kaufordere eingelaufen. Im allgemeinen wird jedoch noch Zurückhaltung gewahrt. Da aber so gut wie gar keine Verkäufe für die morgige Börse zu erwarten sind, so werden immerhin beträchtliche Kursaufbesserungen zu verzeichnen sein. Besonders Interesse scheint für Röntgenwerte und Bonaktien zu herrschen, bei den letzteren machen sich wieder Käufe eines österreichischen Konzerns bemerkbar.

Rechte nicht durch ihre Pächterorganisationen vertreten, jährlich zwei bis drei und oft sogar noch mehr Zentner Getreide für den Morgen an den Verpächter als Pacht zahlen und dann noch obendrein Einkommen-, Umsatz- usw. und noch die halbe Betriebssteuer entrichten.

Es ist indessen durchaus möglich, daß die Pächter, die ausschließlich oder ganz überwiegend Pachtland bewirtschaften und eine hohe Pacht zahlen und ungerechterweise den Verpächtern noch die halbe Betriebssteuer abnehmen müssen, gegen Ende des Jahres in Schwierigkeiten kommen. Die hierfür in Betracht kommende Fläche des Pachtlandes ist aber nur etwa 7 Proz. der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche im Deutschen Reich (allerhöchstens 10 Proz. in der Provinz Sachsen) zu schätzen. Die Schuld an dieser zweifellos für einen Teil der Pächter bestehenden Gefahr tragen aber nicht die neuen Steuern, sondern die maßlosen Pachtforderungen der Verpächter.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser einfache Sachverhalt der provinziellstädtischen Landwirtschaftskammer verborgen sein sollte; sondern es zeigt sich hier wieder der bedauernswerte Zustand, daß in den landwirtschaftlichen Organisationen diejenigen Großgrundbesitzer den Ausschlag geben, die aus der Pacht, der mühseligen landwirtschaftlichen Arbeit anderer, mühseligen Gewinn ziehen, den Wert des Pachtlandes gar nicht hoch genug veranschlagen können, sofort aber Feuer und Wasser schreiben, wenn sie eine Steuer zahlen sollen, die von ihnen selbst ohne Not gezahlt werden kann und mit ihrer eigenen Schuld nur einen Teil der Pächter schwer trifft.

Auch bei den jetzigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben Landbund und deutsche (christliche) Bauernvereine nur den Verpächterstandpunkt vertreten.

Der mit dem Mantel der Wissenschaftlichkeit verhüllte landwirtschaftliche Steuer- und Bodenzauer muß aufhören. Es darf nur ein Bodenwert für Steuer, Pacht und Siedlung geben. Das ist die Grundlage für ein gerechtes landwirtschaftliches Steuerwesen und für ein der Allgemeinheit nützlich- ernährungs-, Pacht- und Siedlungswesen. Die Klagen aus der Landwirtschaft über die zahlreichen Steuerbestimmungen haben ihre Berechtigung. Am besten wäre eine einzige Steuer auf den reinen Bodenwert, die dem fleißigen Landwirt nicht mehr als dem unthätigen auferlegt, den unthätigen möglichst zur Abgabe seines Landes zwingt und nicht dem Kleinlandwirt schwerere Lasten als dem großen aufbürdet, wie es z. B. auch bei dem jetzigen Betriebssteuergesetz der Fall ist.

Die Reichs- und Staatsbehörden sollten die Landwirtschaftskammer, die solche Tartaren-, Landbund- und christliche Bauernvereine-Nachrichten in die Welt setzt, dadurch die Marktentwertung befördert und den Staat gefährdet, zur Verantwortung ziehen; aber auch die ehrlich schaffenden Landwirte sollten einmal in diese Kammern hineinleuchten, aus denen in dieser Weise Zwietracht ins Volk getragen und der landwirtschaftliche Beruf heruntergerissen wird.

Gewiß, die neuen Steuern sind ungewohnt hoch — die Landwirtschaft kann sie aber und muß sie leisten, wie das von jedem Stand unerlässlich gefordert wird. Trägt die Landwirtschaft die Steuern ohne Murren, so wird sie der Beruhigung im Innern und damit dem deutschen Ansehen nach außen dienen und so einer späteren Regelung unserer Währung im eigensten Interesse der Landwirtschaft und im Interesse des deutschen Volkes Vorarbeit leisten.

Eine notwendige Abwehr.

Die Versuche mehren sich, durch Hinweise auf angebliche „Berliner Nervenzrisen“ einem Abbau des Ruhrkonflikts rechtzeitig den Dreh nach der Richtung zu geben, daß man hinterher die Dolchstoßlegende in neuer Auflage herausgeben kann. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sogar die Stirn, von der jetzigen Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien eine „Schuldbilanz“ anzufordern.

Gegen solche Gistmischerversuche wendet sich Georg Bernhard in einem sehr deutlichen Aufsatz in der „Voss. Zig.“. Er sagt dort:

Es könnte für niemand denkbar sein, daß deutsche Minister überhaupt fähig waren, so zu wirtschaften, wie es Herr Hermes tat. Die anderen Parteien aber haben wenigstens nur zugehört. Sie haben es für eine vaterländische Pflicht gehalten, die Außenpolitik der Regierung Cuno nicht durch Angriffe und Kritiken zu stören, weil sie wohl Fehler, aber keine Verfehle gegen die einschlägigen Gebote wirtschaftlicher Vernunft und finanzieller Sittlichkeit für möglich hielten. Mitglieder der Deutschnationalen Partei aber sind, wie sich jetzt herausstellt, engle Berater für solche Loderwirtschaft gewesen. Dr. Helfferich hat mit Hermes eng zusammengearbeitet. Er hat nicht nur politische, sondern auch finanzielle Ratschläge gegeben. Unter seinen Augen hat sich all das abgespielt, was jetzt offenbar wird. Er war im Reichstag der Führer jener Steueraktion, die dazu dienen sollte, im Volk noch im letzten Augenblick den Glauben zu erwecken, daß diesem Kabinett an solider Bedarfsdeckung gelegen sei.

Bernhard fordert von Stresemann, mit der „völligen Klarlegung der Verfehlungen der für die wirtschaftliche und finanzielle Mißwirtschaft verantwortlichen Mitglieder des vorigen Kabinetts“ nicht erst so lange zu warten, bis die „seit langem sorgfältig vorbereiteten Angriffe der Hugenberg-Presse“ gegen ihn in dem Augenblick herüberbrechen, wo er sich ihrer nicht erwehren könne. Denn die Ereignisse würden sich in den nächsten Tagen überstürzen. Die Ruhrfinanzierung, die den Dolchstoß in den Rücken des deutschen Widerstandes bedeutete, trage die Schuld an der Zerrüttung der Mark und dem erschreckenden Dollarkurs:

Es muß doch endlich einmal deutlich gesagt werden, daß es in der Ruhr neben den Massen, die kämpfen und leiden, doch auch nimmermüde Ruhrgezwinger gibt, die von Berliner Revolutionsisten sprechen, wo sie eifrig am Werk sind, Berliner Revolutionsisten zu schaffen. Während durch die ungeheure Inflationswelle der letzten Monate im Osten Zustände geschaffen worden sind, die sich in den nächsten Tagen in den schwersten wirtschaftskrisisähnlichen Erscheinungen auslösen werden, müssen sich im Westen gewisse Personengruppen unter dem Schutze des Privilegs der Steuerbefreiung an immer neu gekauften Devisen, die sie mit den Milliarden zusammenhaftern, die ungenutzt von Berlin nach der Ruhr fließen. Auch an der gestrigen Börse ist wieder ein Berliner Bankhaus der größte Devisenkäufer gewesen, dessen Zusammenhang mit einem bestimmten Kölner Bankier männiglich bekannt ist. Unter dem Deckmantel der Kontrolllosigkeit der Abgabe von Ruhrgepäck bilden sich in diesem Gebiet Zustände heraus, deren Verhütung ein Verbrechen wäre. Während das deutsche Volk gegen Separatistengefährdung französischer Politiker zu kämpfen sich mit der Hergabe seiner letzten wirtschaftlichen Lebenskraft abmüht, werden dort Separatisten großgezogen, die wahrscheinlich schon heute gar nicht daran denken, einmal wieder geordneter deutscher Steuerpflicht und dem Zwang zur Devisenabgabe sich zu unterwerfen. Und diese Mundpatrioten sind wahrscheinlich die eifrigsten Schürer, wenn es gilt, gegen „Berliner Revolutionsisten“ zu gehen.

Nach diesen schweren Anklagen gegen die verlassene Regierung und ihre deutschnationalen Helfer fordert Bernhard, daß das jetzige Kabinett, besonders der Finanzminister, für schleunigstes Abdämmen dieser Papierwelle ins Ruhrgebiet sorgen müsse. Es sei nicht einmal mehr möglich, auch nur die Hälfte der Summen noch ins Ruhrrevier zu schicken, die bisher dorthin abgeflossen sind. Es müsse endlich versucht werden, eine Ordnung und Kontrolle in die Verwendung der Gelder zu bringen. Die Beamten, Arbeiter und auch der große anständige Teil des dortigen Unternehmertums würden sicher einer solchen einschneidenden Maßnahme durchaus zustimmen.

Wir dürfen erwarten, daß der Reichszankler, der kürzlich in einer Pressebesprechung eine Aufstellung der Generalbilanz der bisherigen Wirtschaft versprochen, nicht mehr zögert, diese Ankündigung in die Tat umzusetzen. Dinge, von denen bisher nur gemunkelt wurde, treten jetzt deutlich ans Tageslicht. Da

ist es öffentliche Pflicht, ganz reinen Tisch zu machen, selbst wenn der Nimbus der verlassenen „Regierung der Köpfe“ darunter leiden sollte.

Deutschnationale Demagogie.

Volksparteiliche Abwehr.

Die volksparteiliche „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt unter der Spitzmarke:

„Hergit sprach — und die Kartoffelpreise steigen weiter.“ Ist das nicht dumm und demagogisch? Die öffentliche Meinung dürfe diesem Urteil vorbehaltlos zustimmen. Wir wenden uns aber nicht an die öffentliche Meinung, sondern an die Deutschnationale, vor allem an die deutschnationale Presse. Nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ vom 4. September hat nämlich Herr Hergit auf dem deutschnationalen Parteitag in Danzig sich folgendermaßen geäußert: „Der Kanzler Stresemann sprach — und der Dollar stieg!“ Sollten die Mitglieder der Deutschnationalen Partei über diesen Ausspruch ihres „Führers“ nicht ebenso denken, so bleibt nur die Feststellung übrig, daß nicht allein der Dollar gestiegen ist, sondern auch die Verantwortungslosigkeit einer Gruppe von Politikern, die den Ernst der Stunde nur durch ihre Parteibrille betrachten kann.

Der das Steigen oder Fallen des Dollars lediglich nach dem zeitlichen Kommen und Gehen der Kabinette, also ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge beurteilt, mußte dem Kabinett des sozialdemokratischen Kanzlers Müller das beste Zeugnis und dem vom bürgerlichen Kabinett Cuno das schlechteste ausstellen. Während der Kanzlerschaft Müllers hat sich nämlich die Mark relativ am längsten gehalten, während sie unter Cuno ihren gefährlichsten Sturz erlebte. Wir erwarten nun die Antwort der deutschnationalen Presse. Nur zu diesem Zwecke haben wir, gewissermaßen als Prüfstein ihrer Befinnung, unsere Ueberschrift gewählt.

Immerhin ist es beachtenswert, daß auch die Volksparteiler jetzt gezwungen sind, wenigstens nachträglich etwas anders über manche Dinge zu urteilen. In der Gegenwart dürfen auch sie um die Auseinandersetzung mit der deutschnationalen Demagogie nicht herumkommen.

Für Revision des Versailler Friedens.

Eine Rede Scheidemanns.

Stockholm, 4. September. (W.B.) Oberbürgermeister Scheidemann, der nach seinen Vorträgen in Göttingen, Helsingborg und Lund auch von der hiesigen Arbeiterkommune zu einem Vortrag eingeladen war, sprach hier über den Versailler Vertrag und die Lage in Deutschland. Etwa 1500 Personen wohnten dem Vortrag bei.

Der Redner schilderte nach einer kurzen Einleitung, in der er seine Freude über die wirtschaftliche und kulturelle Blüte des vom Krieg verschonten schwedischen Landes zum Ausdruck brachte, zunächst in großen Zügen die hauptsächlichsten Bestimmungen des auf der Lage von der Alltagswelt Deutschlands am Kriege aufgebauten Versailler Vertrags. Er legte dann dar, welche Viefierungen Deutschland auf Grund dieses sogenannten Vertrages bisher an die Entente gemacht hat. Hieran schloß sich eine eingehende Schilderung der durch den Vertrag in Deutschland hervorgerufenen Notlage.

Der Vortragende betonte zum Schluß, daß nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa die Revision des Versailler Vertrages eine Lebensfrage sei und schloß mit einem Ausblick auf die „Vereinigten Staaten Europas“, die aber kein staatliches Gebilde, sondern nur eine auf friedliches Zusammenleben abgestellte Vereinigung darstellen sollten.

Die schwedische Sozialdemokratie gegen Moskau.

Stockholm, 5. September. (W.B.) Die schwedische Sozialdemokratie hat eine Einladung der Moskauer Internationale, am 25. September an einem Kongress in Moskau teilzunehmen, abgelehnt. In dem ablehnenden Schreiben heißt es, daß die schwedische Sozialdemokratie wohl eine Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen zu würdigen wisse und gern Freundschaftsbände mit den Kampforganisationen der Arbeiter anknüpfen möchte, aber die Dritte Internationale habe so heftige Angriffe gegen die sozialistische Internationale gerichtet, daß es den Schweden unmöglich sei, die Einladung anzunehmen.

Zwang zur Liebe.

Von Hans Bauer.

Der berufsmäßige Patriot Adolf Hitler weiß es nicht nur ganz genau, wie wir in den Schlamassel hineinschlitterten, durch die Juden nämlich, er weiß auch, wie wir aus ihm wieder herauskommen. Einmal durch die Diktatur nämlich, bei der es ziemlich gleichgültig ist, wer sie, gegen wen sie, mit welchem Ziele ausübt, die nur vor allem brutal sein muß, zum anderen: bedürfen wir aber nach Hitlers Meinung doch noch eines zweiten. Ob er es irgendwo las, oder ob es ihm eine sagte: Er hat jedenfalls in Erfahrung gebracht, daß zur Vollbringung aller schweren Dinge, wie der Rettung des Vaterlandes zum Beispiel, es außer der brutalen Diktatur noch der Liebe bedarf.

Die Liebe galt bisher für eine besonders mimosenhafte Pflanze, die bei läppischem Zugriff schnell ihre Blüte verbirgt. Das mochte sie bisher immerhin tun. Nun Herr Hitler sie aber braucht, hat sie dieses lächerliche Verhalten einzustellen. Herr Hitler hat nämlich gelegentlich des „Deutschen Tages“ in Nürnberg ein Gesetz zur Erzwingung der Vaterlandsliebe gefordert. Den § 1 dieses Gesetzes stelle ich mir etwa so vor: Von Sonntag, dem soundsonstigen, nachts 12 Uhr an, hat jeder Deutsche sein Vaterland zu lieben! — wohingegen § 2 lauten dürfte: Zuwiderhandelnde werden erschossen.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz könnten dann die Einsetzung einer Prüfungskommission vorsehen. Als Norm der prüfungskommissionell genehmigten Vaterlandsliebe würde die Hitlersche zu gelten haben, die am besten patentamtlich anzumelden und mit Wusterschutz zu versehen wäre.

Die Vorzüge des von Hitler geplanten Gesetzes liegen auf der Hand. Vor allem würde die Jugend von ihm profitieren. Bisher war es immerhin zeitraubend, bis sie ihr Herz mit Vaterlandsliebe angefüllt hatte. Sie mußte in Deutschlands Berge und Täler reisen, sie mußte sich in die Werke seiner Dichter versenken, ehe ihre Seele langsam für dieses Vaterland aufging. Hitler macht das nun mit dem Gesetz. Das deutsche Mädchen Liebe soll sich mal nicht so zieren, ehe es in die Herzen fliegt. Es wird durch einen Tritt in den Hintern hineingepedert!

Wer möchte da noch zweifeln, daß Hitler, wenn er nur könnte, uns herrlichen Zeiten entgegenführen würde!

Wie glücklich wir alle würden, die wir der Hitlerschen Liebe bisher nicht hatten und daher ein löblich Erz und eine klingende Schelle waren! Und wie köstlich der Gedanke, daß wir letztere ihm nachfolgen könnten, wenn er mit seinem Liebesdekret an uns herantritt!

Neuzusatz von dem neuen Mittel gegen Zuckerkrankheit. Das sogenannte Insulin, das in letzter Zeit vielgenannte Zuckerkrankheitsmittel, wird jetzt auch in Deutschland hergestellt, und zwar

von den Bayerischen Farbenfabriken, die ja bekanntlich eine große Abteilung für Arzneistoffe haben. Zurzeit wird das Mittel an verschiedenen Kliniken ausprobiert, und die Erfolge sollen im allgemeinen gut sein. Das Herstellungsverfahren ist übrigens in Deutschland ein anderes als in Amerika, von wo aus das Insulin in letzter Zeit in die Medizin eingeführt wurde. In Amerika wurde das Insulin aus dem Pankreas, der Bauchspeicheldrüse von Rättern, aber auch von Fischen, gewonnen, und zwar aus der Region der Pankreas, die nach einem deutschen Forscher die Langerhansschen Inseln hießen; daher auch der Name Insulin. Neuerdings ist Professor Collip, ein Mitarbeiter des amerikanischen Entdeckers Banting, auch zur Fabrikation des Insulin aus Wuscheln übergegangen. In Deutschland stellt man das Mittel neuerdings aus Pflanzen her, aus Zwiebeln, Salat, Bohnen, auch aus Hefe. Das im vorigen Jahre in Toronto und Kanada entdeckte Insulin ist für die deutschen Gelehrten eigentlich nichts Neues. Schon mehrere Jahre vor dem Krieg hatte Professor Jünger ein Pankreas-Präparat gegen Zuckerkrankheit verwendet und dieses bis zum Jahre 1913 so vervollkommen, daß es zu den besten Hoffnungen berechtigte, aber dann kam der Krieg und brachte alle Forschungen zum Stillstande.

Gleichzeitig mit dem Insulin kommt aus Amerika noch ein neues Mittel, das gegen die Zuckerkrankheit angewendet werden soll. Es ist von Dr. Waz Kahn am Beth-Israel-Hospital zu New York in dreifach Fällen mit gutem Erfolg verwendet worden. Ein Patient, dem schon ein Bein abgenommen werden sollte, bekam das Mittel und konnte aus eigenen Füßen heimgehen. Zum Unterschied vom Insulin, das aus dem Organismus von Tieren, neuerdings auch von Pflanzen gewonnen wird, haben wir es hier mit einem durchaus künstlichen Mittel zu tun, mit einem konstruierten Fett, dessen Molekül 17 Atome Kohlenstoff enthält, 16 oder 18, wie die übrigen bekannten Fette. Zusammengefaßt hat dieses „mittlere Fett“ in sechsmonatiger Arbeit der Professor Waz Kahn von der Columbia-Universität. Es ist ein weißes, schmalähnliches Fett, das die Patienten ganz gern nehmen sollen. Es wird, so wie es ist, auf Brot gegessen oder mit Buttermilch gegeben, in Manzanilla verrührt, im Kuchen verbacken usw. Dies neue Mittel, das natürlich noch sehr der Nachprüfung bedarf, hat den Namen „Intarvin“ erhalten.

Der vierte Rhönsegeflugs-Wettbewerb. Der Rhönsegeflugs-Wettbewerb ist beendet, und rücksehend kann man die Ergebnisse etwa wie folgt zusammenfassen:

Gewiß hatte die Masse des Laienpublikums besonders große Leistungen erwartet. Demgegenüber wird man jedoch in Fachkreisen mit den Erfolgen in diesem Jahre zufrieden sein können. Von den vielen gemeldeten Flugzeugen gingen gleich zu Anfang und im Verlauf des Vor- sowie Hauptwettbewerbs eine Menge weniger vollkommener und durchgearbeiteter Maschinen restlos zu Bruch, während die hochwertigeren durchaus auf der Höhe waren und bis zum Schluß das Feld behaupten konnten. Unbrauchbare und nicht geeignete Flugzeuge mußten nach den sprunghaften Fortschritten der Jahre 1921 und 1922 herauskommen. Eine Befestigung des bisher erreichten Einheitsstages war die unausbleibliche Folge. Neben dieser Fortentwicklung in ruhigeren Bahnen trat eine allgemeine Hebung der fliegerischen Eigenschaften unserer Flugzeugführer. Hier konnte

man mehrfach beobachten, daß nicht immer der alte erprobte Kriegerflieger für besonders große Leistungen vorherbestimmt war, und andererseits der Nicht-Rotorflieger infolge eines reinen und unmittelbaren Gefühls für das Segelfliegen mit ihrem Können durchaus befriedigten. Sodann zeigte der diesjährige Wettbewerb sowohl dem Fachmann als auch besonders dem Laien, daß der statische Segelflug heute noch sehr vom Wetter abhängig ist. Er hat einen, die Hänge senkrecht ablaufenden starken Wind von mindestens 6 Metersekunden nötig, und dieser herrschte während der ganzen Veranstaltung nur selten. Hier wird vielleicht der dynamische Segelflug, d. h. das Fliegen außerhalb des Bereichs der Hangwinde, also im horizontalen Winde, erst Wandel schaffen und uns der Lösung des neuen Gedankens wesentlich näherbringen. Und bedeutet da der von Wertens auf seinem „Strolch“ am 25. August ausgeführte Ueberflug von 11,8 Kilometern Länge, mit dem er den französischen Weltrekord schlug, nicht mehr denn eine beachtenswerte Leistung? Ueberhaupt ist als ein Zeichen glücklicher Weiterentwicklung die zunehmende Zahl der Flüge mit vorher angelegter Flugbahn und Ziel sowie des Rückfluges der Flugzeuge zu den Zelten anzusehen. Anerkennenswerte Worte verdienen endlich die sechs Sturmsflüge am 30. August anlässlich der Weihe der Deutschen Fliegergedenkhalle.

Die Deutsche Buchausstellung in Moskau ist eröffnet worden. Sie ist vom Leipziger Verband der Verleger und Buchhändler und der Alltagsgesellschaft „Internationales Buch“ veranstaltet und soll eine Schau über die in den Jahren 1914 bis 1923 erschienenen deutschen Büchern sein. Der stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel, M. J. Frumkin, äußerte Pressevertretern gegenüber, die Einfuhr von Büchern nach Rußland sei im Wachsen begriffen. Die Geschäftsbeziehungen zu Deutschland festigen und erweitern sich. Das augenblickliche Aufblühen des wirtschaftlichen Lebens in Rußland zwingt die russischen Wirtschaftler, sich intensiver mit allen Erzeugnissen der Wissenschaft und Technik des Westens bekannt zu machen, andererseits ist Westeuropa daran interessiert, über die Sachlage in Rußland unterrichtet zu sein. Diesem Zweck dient die deutsche Buchausstellung, die auch ein Bild der Entwicklung des Druckwesens in Deutschland geben soll.

„Don Pasquale“ mit Münchener Gassen. Die Aufführung der Donizettischen Oper „Don Pasquale“, die unter Bruno Walter's Leitung vor mehr als Jahresfrist auf Anregung des Vereins Berliner Presse stattfand, wird am Donnerstag, den 18. Sept., in der Großen Volksoper wiederholt. Bruno Walter dirigiert, Maria Joogán, Carl Erb, Ludwig Müller, Wilh. Gutmann wirken mit. Kartenabgabe ab Sonntag.

Dr. Walter de Guoyter ist in Väterlebe im Alter von 61 Jahren gestorben. Er war der Begründer eines der größten und erfolgreichsten deutschen Verlagsunternehmungen. Nach und nach brachte er fünf bekannte Verlagsbuchhandlungen in seine Hand und führte sie als „Vereinigung wissenschaftlicher Verleger“ weiter. Römisch Philologie und Staatswissenschaften wurden von ihm gepflegt; die Reihe seiner wissenschaftlichen Zeitschriften unterhielt vielfach ausländische Verbindungen.

Die deutsche Gesellschaft für Gewerbehgiene hat auf Beschluß des Vorstandes die für den 19. und 20. September geplante Jahresversammlung in Frankfurt a. M. infolge der kritischen Lage auf unbestimmte Zeit vertagt.

